

---

## **Antrag**

der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD

### **Unterstützung von Wahlhelfern**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, ein Konzept für die rechtliche Unterstützung von Wahlhelfern vorzulegen, die am Wahltag den ordnungsgemäßen Ablauf der Wahl gewährleisten, und insbesondere die Erstreckung der AV Rechtsschutz auf diesen Personenkreis zu prüfen. Wahlhelfern, die unter anderem in Wahllokalen ehrenamtlich eingesetzt werden, soll ermöglicht werden, aktiven und passiven Rechtsschutz in Anspruch zu nehmen. Sie müssen befähigt werden, sich gegen rechtsmissbräuchliches oder undemokratisches Verhalten, das im Zusammenhang mit ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit steht, zur Wehr setzen zu können.

Dem Abgeordnetenhaus ist hierzu bis zum 30. Juni 2026 ein Konzept vorzulegen.

---

### ***Begründung:***

Die Aufgaben der Wahlhelfer umfassen die Prüfung der Wahlberechtigung, die Ausgabe der Stimmzettel, die Überwachung der Wahlurne und die Auszählung der Stimmen. Durch ihren ehrenamtlichen Einsatz leisten sie einen essenziellen Beitrag für unsere Demokratie. Sie sind ein unverzichtbarer Bestandteil der demokratischen Willensbildung und unterstützen die Stabilität unserer politischen Institutionen. Sie gewährleisten, dass die gesetzlichen Bestimmungen eingehalten werden und jede Stimme korrekt erfasst wird. Sie tragen maßgeblich zur Integrität und Transparenz des Wahlprozesses bei. Nicht zuletzt stärken sie das Vertrauen der Bürger in den demokratischen Prozess und fördern die Akzeptanz der Wahlergebnisse.

Bei ihrer Arbeit werden Wahlhelfer im jeweiligen Wahllokal immer häufiger mit Konfliktsituationen konfrontiert. Gegner der Demokratie, wie zum Beispiel sogenannte Reichsbürger und

andere Extremisten, stören den Wahlprozess und erschweren die ehrenamtliche Arbeit. Wahlhelfer sind persönlichen Anfeindungen und Belästigungen ausgesetzt. Zudem wird durch Akteure auch das Mittel der Drohung mit rechtlichen Konsequenzen oder der Missbrauch strafrechtlicher Anzeigen genutzt, an der ordnungsgemäßen Ausführung ihrer Tätigkeit zu hindern. Es steht zu befürchten, dass diese Entwicklung sich bei den kommenden Wahlen weiter verstärken wird. Bereits entsprechende Drohung sind geeignet, um Wahlhelfer einzuschüchtern. Die Umsetzung der Drohungen in die Tat, d.h. die Erstattung entsprechender Strafanzeigen, führt zu einer großen emotionalen, aber auch finanziellen Belastung der Wahlhelfer, wenn sie sich gegen den Strafvorwurf verteidigen müssen.

Angesichts dieser Entwicklung ist die dauerhafte Beeinträchtigung und Gefährdung demokratischer Wahlen zu befürchten. Schon heute werden Wahlleiter vor die Herausforderung gestellt, genügend geeignete Personen als Wahlhelfer zu gewinnen. Das Wissen um potenziell auftretende, undemokratische Auseinandersetzungen wird immer mehr Personen davon abhalten, sich für dieses wichtige Ehrenamt zu entscheiden.

Umso wichtiger ist es, Wahlhelfern in Konfliktsituationen beizustehen und ihnen als demokratischer Rechtsstaat die Sorge vor rechtlichen Problemen während ihres Engagements zu nehmen. Um die Beteiligung zu erleichtern, und ihren Einsatz zu stärken, muss ein Unterstützungsangebot geschaffen werden.

Es gilt, die Situation für Wahlhelfer zu verbessern und für einen effektiven Rechtsschutz zu sorgen. Gerade mit Blick auf die wichtige Stärkung des Ehrenamtes muss dieser Schutz umgehend erfolgen, noch bevor weitere Schäden zu erwarten sind.

Zu prüfen ist, welche rechtlichen Unterstützungsangebote konkret notwendig sind und geschaffen werden müssen. Denkbar ist dabei beispielsweise, die Ausführungsvorschriften über Rechtsschutzmaßnahmen in Zivil- und Strafsachen für Bedienstete des Landes Berlin (AV Rechtsschutz) vom 18. Mai 2016 auf Wahlhelfer zu erweitern. Dabei ist auch zu berücksichtigen, wie zukünftig (angehende) Wahlhelfer über ihre Möglichkeit zur Abwehr rechtsmissbräuchlicher und undemokratischer Verhaltensweisen und Rechtsschutzangebote informiert werden können.

Berlin, den 8. Dezember 2025

Stettner Herrmann  
und die übrigen Mitglieder  
der Fraktion der CDU

Saleh Lehmann  
und die übrigen Mitglieder  
der Fraktion der SPD